Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe einzusendender Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 28 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 304. Donnerstag den 31. October 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 25. October 1889.

Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit **vom 21. bis 27. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,2fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,467.

Leipzig, am 29. October 1889.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß von dem **„Bebauungsplane für den Stadtbezirk Reudnitz"** neue lithographische Vervielfältigungen, und zwar in 12 einzelnen Sectionen, angefertigt worden und zum Preise von 1 ℳ 50 ₰ für die Section bei unserer Tiefbauverwaltung (Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 23) zu haben sind.

Leipzig, den 28. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 5170. Dr. Georgi. Größel, Ass.

Ziehkinder betreffend!

Freitag, den 1. November 1889, Nachmittags von 2 Uhr ab im Kaisersaale der Centralhalle.

Die Vorstellung erstreckt sich auf **alle** bei **fremden — nicht verwandten** — Personen in der Stadt Leipzig gegen ein festgesetztes Ziehgeld untergebrachten **noch nicht schulpflichtigen** Kinder, und werden die Ziehmütter, welche auf Erfordern **Auskunft** über Namen, Stand, Geburtsort, Alter und sonstige Familienverhältnisse der außerehelichen Eltern des betreffenden Kindes zu geben in der Lage sein müssen, hierdurch aufgefordert, die Kinder gedachter Art am obengenannten Tage im bezeichneten Locale dem Herrn Ziehkinderarzte **unter Vorzeigung des Ziehbezieherlich Controlbuches vorzustellen.**

Unentschuldigte Verabsäumung der Vorstellung des Kindes verwirkt die Berechtigung zum Halten von Ziehkindern.

Leipzig, am 25. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Z. R. 162.

Aufforderung.

Die am 11. Mai 1849 verstorbene Frau **Emilie** verw. Gerichtsdirector **Winkler** geb. **Höppig** hat in ihrem letzten Willen ein Vermächtniß von 4000 Thlrn. mit der Bestimmung gestiftet, **daß die Zinsen davon an unbemittelte Wittwen zweier hiesigen Advocaten oder Gerichtsdirectoren je fünf Jahrlang ausgezahlt werden sollen.**

Die eine Hälfte der Zinsen dieser Winkler-Höppig'schen Stiftung ist auf die fünf Jahre 1890 bis mit 1894 anderweit durch den Verfassungsausschuß des Stadtverordneten-Collegiums zu vergeben.

Es ergeht daher an diejenigen Frauen, welche darauf Anspruch machen können und wollen, die Aufforderung, ihre Gesuche

bis zum 25. November 1889

im Geschäftszimmer der Stadtverordneten, Katharinenstraße Nr. 1, 2 Treppen, anzubringen.

Leipzig, den 26. October 1889.

Der Verfassungsausschuß der Stadtverordneten.

Dr. Schill.

Holzversteigerung.

Das auf den Hallestellen **Beuche** und **Großsteinberg** lagernde Brennholz, worunter ca. 370 Stück weiche und harte Wellen, soll

Montag, den 4. November 1889,

7½ Uhr Vormittags auf Hallestelle Beuche,
9½ " " " " Großsteinberg

öffentlich versteigert werden.

Döbeln, den 25. October 1889.

Königliches Abtheilungs-Ingenieur-Bureau II.

Die Etatsberathung im Reichstage.

Die Rede des Abgeordneten Rickert gegen den Etat ist lediglich eine Wiederholung und Vertheidigung des freisinnigen Programms, welches wir gestern an dieser Stelle erwähnten. Er verlangt Abschaffung der indirecten Steuern, Aufhebung des Socialistengesetzes, und als Ideal schwebt ihm der Grad von politischer Freiheit vor, wie er in Italien herrscht. Es gehört eine gewisse Ueberwindung dazu, gegen einen so verbohrten Standpunct aufzutreten, es ist aber dennoch nothwendig, die Rede nicht unwiderlegt zu lassen, weil sie sich an die materiellen Interessen der unbemittelten Volksclassen wendet. Im Grunde genommen läuft der Inhalt der Rede des Herrn Rickert darauf hinaus, daß die Finanzwirthschaft der Regierung das Volk ruinirt und seine politische Freiheit vernichtet. Eine so schwere Anklage muß wohl begründet werden von dem, welcher sie erhebt, aber nach stichhaltigen Gründen für die aufgestellten Behauptungen sucht man in der Rede des Herrn Rickert vergebens.

Der deutschfreisinnige Redner knüpft an das Bismarck'sche Wort an: „Der Umfang der heutigen Kriegsrüstungen ist so groß, daß sie auch das reichste Land auf die Dauer nicht ertragen kann" und fährt dann fort: Die deutsche Nation ist Willens, mit jedem Friedensbrecher um ihre staatliche Existenz zu kämpfen. Kein Opfer wird der Volksvertretung dafür zu groß sein. Aber weit hinaus über das Bedürfniß ist in den letzten Jahren der Militair- und Marineetat ausgestattet. Herr Rickert beruft sich also in demselben Athemzuge auf eine allgemein anerkannte militairische Autorität und übt zugleich eine absprechende Kritik an dem, was die militairischen Autoritäten zur Vervollständigung der Rüstung für nöthig halten. Er macht dann noch einen schwachen Versuch, den Kriegsminister Bronsart von Schellendorff als Zeugen dafür anzuführen, daß nun ein gewisser Stillstand in den Rüstungen zu erwarten sei. Das nennt Herr Rickert Beweisführung. Was seitdem in Frankreich geschehen ist, um die militairische Leistungsfähigkeit des französischen Volkes auf die höchste Spitze zu treiben, existirt für Herrn Rickert nicht, er führt gegen diese Thatsache nur den unanfechtbaren Satz ins Feld, daß zu einem guten Rüstzeug auch gute Finanzen gehören und beruft sich dabei auf ein Wort des Fürsten Bismarck: das Parlament sei dazu da, den Gefahren der monarchischen Regierung, der bureaukratischen Beschränktheit am grünen Tisch ein Veto entgegenzusetzen. Das war wohl das unglücklichste Citat, was Herr Rickert in diesem Falle wählen konnte, denn, wenn es sich um unsere militairischen Bedürfnisse gegenüber einer leidenschaftlich erregten Nation handelt, so befindet sich nicht der militairische Sachverständige, welchen nothwendige Vertheidigungsmaßregeln fordert, sondern der, welcher sie verneinend, im Falle des vom grünen Tisch aus urtheilenden beschränkten Bureaukraten.

Auch Herr Rickert wird der Reichsregierung das Zeugniß nicht versagen, daß sie mit den militairischen Rüstungen nicht vorangegangen ist, sondern daß sie nur Schritt für Schritt und selbst dann nur zögernd dem gefolgt ist, was die Franzosen in militairischer Beziehung gethan haben. Erst nach der Eröffnung des Reichstages wies das Wiener „Fremdenblatt" durchaus zutreffend auf die Thatsache hin, daß die Franzosen ihre Artillerie in ganz außergewöhnlichem Maße vermehrt hätten und daß deshalb Deutschland hinter solchen kriegerischen Vorbereitungen nicht zurückbleiben könne. Herr Rickert findet im Gegensatz dazu, daß in den letzten Jahren Militair- und Marineetat weit über das Bedürfniß hinaus belastet worden seien und das genügt ihm, um die Maßregeln der Reichsregierung als unnöthig und unzweckmäßig abzulehnen.

Nicht anders ist die Begründung des Urtheils, welches Herr Rickert über die Vermehrung der Marine fällt. Er knüpft an das Wort des Grafen Moltke an, daß wir uns zuerst in den Stand setzen müssen, uns zu vertheidigen, ehe wir daran denken können, zum Angriff überzugehen, und decretirt dann einfach: Dieses Stadium ist erreicht, aber die Angriffsflotte hat die große Mehrheit des deutschen Volkes nicht gewollt. Herr Rickert nimmt also nicht nur die Eigenschaft des militairischen Sachverständigen für sich in Anspruch, der die deutschen Rüstungen zu Lande als weit über das Bedürfniß hinausgehend erklärt, sondern er hat auch erkannt, daß die Marine sich im Laufe eines Jahres aus einem Vertheidigungswerkzeug zu einem Rüstzeug für den Angriff zur See entwickelt hat und findet natürlich, daß dies der Friedenspolitik des Reichs nicht entspricht. Und so bricht er in die hochtönenden Worte aus: Deutschland ist darauf angewiesen, im Herzen Europas eine schwere Rüstung zu tragen, aber darüber hinaus nach Colonialpolitik zu treiben und noch gar eine Angriffsflotte zu halten, das hat dem Schwerpunct unserer Existenz verrückt.

Eine derartige Kritik der Finanzwirthschaft der Regierung ist völlig werthlos und man kann sich nicht wundern, wenn sie bei den Zuhörern nur Unwillen und Langeweile erregt, aber auf den Reichstag sind solche Reden auch nicht berechnet, sie wenden sich an die Wähler und ihre Wirkung ist nach den Schlagworten und Citaten bemessen, mit welchen sie ausgestattet sind. Die eigenen Worte Bismarck's, Moltke's und des Grafen Moltke machen auf Leute Eindruck, die überhaupt nur auf Schlagworte hören, die sich ihrem Verständniß anzubequemen scheinen, und wenn dann zwischen durch auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise hingewiesen wird, dann fängt doch mancher, der sonst eine richtige Vorstellung von der wahren Sachlage hatte, an zu zweifeln und darüber nachzudenken, ob die Sache nicht vielleicht doch billiger gemacht werden könnte. Das ist die Gefahr, welche routinirte Parlamentsredner immer für einen Theil der Wähler haben, aber glücklicherweise ist die politische Reife der Wähler überall im Zunehmen begriffen, und die Wahrheit leuchtet der großen Mehrzahl derselben ein, daß eine Niederlage in einem Kriege ganz andere und schlimmere Folgen haben muß, als die Erhöhung der Lebensmittelpreise um einige Pfennige, ganz abgesehen davon, daß die Gründe dieser Preiserhöhung keineswegs so klar zu Tage liegen, als Herr Rickert sie darstellt.

Genau mit derselben Sicherheit und Oberflächlichkeit, welche Herr Rickert in Militair- und Marine-Angelegenheiten zeigt, fertigt er auch die sociale Frage ab. „Es handelt sich darum, eine politische Partei mit gewaltsamen Mitteln zu unterdrücken", ruft Herr Rickert mit Emphase aus und nennt das neue Socialistengesetz die folgenschwerste Vorlage, die jemals dem Reichstage gemacht worden sei, weil sie das höchste Maß der Reaction verkörpere. Und doch muß Herr Rickert zugestehen, daß er selbst für das gegenwärtig geltende Socialistengesetz gestimmt hat. Der Redner nennt die Socialdemokratie eine politische Partei. Wenn diese Bezeichnung richtig wäre, dann ließe sich der Standpunct des Herrn Rickert verstehen, aber es scheint uns sehr gewagt, eine Partei politisch zu nennen, die den bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustand verwirft und einen durchaus anderen gearteten an seine Stelle setzen will. Die Socialdemokratie nimmt am politischen Leben der Gegenwart nur aus taktischen Gründen Theil, sie erscheint nur deshalb an der Wahlurne, um ihren Theorien dadurch weite Verbreitung zu sichern, sie weiß aber ganz genau, daß sie ihr Ziel auf parlamentarischem Wege nie erreichen kann und wird. Eine solche Gemeinschaft verdient nicht die Bezeichnung politische Partei, sie kann nicht mit demselben Maße gemessen werden wie die auf dem Boden der bestehenden Staatseinrichtungen sich bewegenden Parteien, und deshalb können ihr auch nicht die gleichen Rechte eingeräumt werden. In Italien duldet man die Republikaner im Parlament, obwohl sie in eine monarchische Volksvertretung nicht gehören, wir müssen uns aber gegen die politische Gleichberechtigung der Socialdemokraten verwahren.

Leipzig, 31. October.

* **Wie es heißt**, liegt es in der Absicht, dem **Bundesrathe und dem Reichstage** in einem sogenannten „Weißbuche" eingehend Kenntniß über die Ereignisse im **deutschostafrikanischen Schutzgebiete** vom Beginn der Operationen des Reichs-Commissars Wißmann bis in die jüngste Zeit zu geben. Das Weißbuch dürfte im Zusammenhange mit der in der Thronrede vom 22 d. angekündigten neuen **Vorlage wegen Deckung der Mehrkosten** für die Wißmann-Expedition stehen und zugleich mit dieser erscheinen.

* Eine unter dem Vorsitz des Abgeordneten von Itzenplitz tagende Versammlung des **Deutschconservativen Vereins in Breslau** hat mit allen gegen zwei Stimmen die **Erneuerung des Cartells für die Reichstagswahl beschlossen.**

* Nach der „Freisinnigen Zeitung" ist die Nachricht, daß der Abgeordnete von Stauffenberg sich nach Ablauf dieser Session aus dem Reichstag zurückzuziehen gedenke, unbegründet.

* **Aus Gera**, 29. October, wird uns geschrieben:

Die heutige Sitzung des Landtages für das Fürstenthum Reuß jüngerer Linie wurde durch den Alterspräsidenten Dr. Jäger kurz nach 10 Uhr eröffnet. Nach den Berichten der Wahlprüfungscommissionen werden sämmtliche Wahlen für gültig erklärt. Hierauf erfolgte die Berathung der Abgeordneten durch Handschlag seitens des Staatsministers Dr. E. von Braunbehrens. In das Präsidium wurden gewählt die Abgeordneten Führbringer als Präsident, Dr. Jäger als Vicepräsident, Kunis als Schriftführer und Landesältester als dessen Stellvertreter. Die Wahl des Finanz-, und Landesältesten als dessen Stellvertreter. Die Wahl des Finanz-, Justiz- und Petitions-Ausschusses bildete den weiteren Punct der Tagesordnung. An Vorlagen sind noch drei eingegangen, nämlich eine landesherrliche Verordnung zur Ausführung des § 79 des Reichsgesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889, ein Antrag um 1800 ℳ Staatszuschuß zum Schulhaus-Neubau der Gemeinde Oberröhmsdorf und ein Gesetzesentwurf über die Besoldungen der in der evangelisch-lutherischen Kirche des Fürstenthums Reuß jüngerer Linie angestellten Geistlichen.

* Von der Energie, mit welcher die **Socialdemokraten** in die **Wahlbewegung** einzutreten sich anschicken, zeigt der Beschluß eines am letzten Sonntag in Offenburg abgehaltenen **badischen Arbeitertags**, in allen 14 badischen Reichstagswahlkreisen socialdemokratische Candidaten aufzustellen. Dabei ist noch einmals ein socialdemokratischer Abgeordneter in Baden gewählt worden, und mit Ausnahme von Mannheim hat die Partei auch nirgends eine bedeutende Mitgliederzahl.

* Der Kanzler der Universität **Tübingen**, **Gustav Rümelin**, in der politischen Welt bekannt durch die Rolle, die er in den Jahren 1848 und 1849 gespielt hat, ist, wie telegraphisch gemeldet, am Donnstag Abend nach kurzem Krankenlager daselbst im 85. Lebensjahre gestorben. Ueber seinen Lebenslauf dürften folgende Daten von Interesse sein: Zu Ravensberg in Württemberg am 26. März 1815 geboren, besuchte er, zum Studium der Theologie bestimmt, das Stift in Tübingen, wandte sich dann dem philosophischen Lehramt zu und wurde 1845 Rector der Lateinschule in Nürtingen. 1848 wurde er zum Abgeordneten für die Nationalversammlung in Frankfurt gewählt, gehörte dort zur sogenannten kleindeutschen erbkaiserlichen Partei und war 1849 Mitglied der Kaiserdeputation in Berlin. Vor Uebersiedelung der Nationalversammlung nach Stuttgart legte er seine Stelle als Abgeordneter nieder und wohnte bald darauf der Versammlung in Gotha bei. Nach seiner Rückkehr wurde er 1849 zum Professor am Gymnasium zu Heilbronn ernannt, darauf 1850 als Referent über das humanistische Unterrichtswesen in den Studienrath versetzt, 1852 als Rath in das Cultusministerium berufen und 1856 zum Staatsrath und Departementschef des Kirchen- und Schulwesens ernannt. Nach seinem Rücktritt im Jahre 1862 widmete er sich literarischen, vorzugsweise statistischen Arbeiten und übernahm die Leitung des Statistischen Bureaus. Im Jahre 1867 habilitirte sich Rümelin als Privatdocent für Statistik und Philosophie in Tübingen und wurde 1870 zum Kanzler der Universität ernannt. Rümelin hat eine Reihe größerer und kleinerer Schriften statistischen, historischen, philosophischen und anderen Inhalts veröffentlicht; unter ihnen sind namentlich die „Shakespeare-Studien", in denen er dem einseitigen Shakespeare-Cultus entgegentrat, dabei aber das feinste Verständniß für die wahre Größe des Dichters bekundete, zu besonderer Bedeutung gelangt. Später erschienen von ihm Reden und Aufsätze, die Theilung der Rechte, die Bevölkerungsstatistik des Königreichs Württemberg, die Berechtigung der Fremdwörter ꝛc.

* * *

* Der Wortführer der **norwegischen Unversöhnlichen**, der bekannte Dichter **Björnstjerne Björnson**, fährt fort, gegen die Verbindung Norwegens mit Schweden zu hetzen. Als erste Bedingung für die weitere Andauer der Verbindung mit Schweden stellt er die Anerkennung der völligen Gleichstellung Norwegens mit Bezug auf die Repräsentation beider Reiche dem Auslande gegenüber, nämlich ein Minister des Aeußern für jedes Land, besondere Consuln (und Gesandte), sowie eine Ermächtigung für jedes Reich, gesonderte Verträge mit fremden Mächten abzuschließen. Der Dichter wird indeß bald erfahren, daß seine politischen Freunde in diesem den Geldbeutel jedes Einzelnen berührenden Fragen nicht allzu weit an seiner Seite marschiren werden. Es wird nur Wenigen in den Sinn kommen, die politische Verbindung mit dem Nachbarlande ernstlich in Frage zu stellen.

* **Aus Petersburg**, 28. October, wird uns geschrieben: Die Hinterbliebenen der in der vorjährigen **Borki-Katastrophe** Verunglückten haben sich an die Verwaltung der **Kursk-Charkow-Asow'schen** Eisenbahn um Unterstützung resp. Entschädigung gewandt. Die Bahn lehnte dies ab, weil die Interessenten bereits aus der kaiserlichen Privatschatulle Jahrespensionen beziehen. Die Sache kommt nun zur **gerichtlichen Entscheidung** und dürfte einen interessanten Proceß abgeben, da einige hervorragende Advocaten sich der klagenden Parteien angenommen haben.

* Nach Meldung der „Politischen Correspondenz" aus **Cettinje** hat der Fürst von Montenegro dem dortigen österreichischen Ministerresidenten Oberst von Mollinkovic den innigsten Dank ausgesprochen für die Bereitwilligkeit, mit welcher die bosnische Landesregierung Unterstützungen in Aussicht gestellt habe für die über das bosnisch-herzegowinische Gebiet nach Serbien auswandernden Montenegriner.

* Am 26. d. Mts. fand in **Lissabon** das Leichenbegängniß für den seligen König **Ludwig** statt. Der Zug, der sich von der Kirche Los Geronimos nach dem Pantheon von San Vincente bewegte, bestand zunächst aus 307 Privatwagen; es folgten 120 städtische Vereine, die Wagen der Minister und darauf 12 Hofwagen, von denen der letzte des Königs Sarg trug. Im vierten Wagen saß der Palastmajordomus Marquis Ficalho mit General v. Versen, dem Vertreter Deutschlands, im sechsten König Karl von Rumänien mit dem Herzog von Aosta und dem Herzog von Montpensier, der achte trug die verhüllte Krone, der zehnte des Königs Helm und Schwert. Der elfte Wagen, der sogenannte Wagen der Ehrfurcht, brachte die Trauerkränze. Den Schluß bildete die gesammte Garnison von Lissabon, 15 000 Mann, die vorher Spalier gebildet. Die Schiffe im Tajo trauerten mit Flaggenhalbmast und feuerten im Verein mit den Forts Salutschüsse. Der Vertreter der Königin von England, der Herzog von Coimbra, war durch Krankheit verhindert, der Feier beizuwohnen. Er hat sich immer noch nicht vollständig von dem malerischen Fieber erholt, wurde auf der Reise in Paris ohnmächtig und fiel im Lissaboner Schlosse beim Besuche des Königs Karl und der Königin Maria Pia so unglücklich zu Boden, daß er sich das Gesicht verletzte. Augenblicklich soll er sich besser befinden. Da es in Portugal Sitte ist, allen Königen einen Beinamen zu geben, so wird der verstorbene Herrscher in der Geschichte als Dom Luiz der Gute bekannt bleiben.

* Nach bekannten schlechten Mustern hatten die **Boulangisten** die auf Dienstag angesetzte Beerdigung eines Herrn **Griffith** zu einer **politischen Kundgebung** ausersehen, weil der Verstorbene die etwas zweifelhafte Ehre hatte, ein Oheim Boulanger's zu sein. Dem Leichenzug hatten sich demgemäß etwa 2000 Boulangisten, darunter fast alle Mitglieder des sogenannten Nationalausschusses, angeschlossen. Als der Zug gegen 4 Uhr von der Kirche Saint-François Xavier auf dem Boulevard der Invaliden ankam, schrieen die Leidtragenden: „Es lebe Boulanger!" Sofort griffen die Schutzleute ein und es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, in dem die Boulangisten acht Gesinnungsgenossen als Verhaftete in den Händen der Polizei zurückließen. Im Uebrigen verlief diese eigenartige Feier ohne Störung. Am Grabe wurden viele Kränze niedergelegt, einer trug die Inschrift: „Meinem Oheim. Jersey."

* Unter der **jüdischen Arbeiterbevölkerung im Ostende Londons** findet, wie man der „Frankfurter Zeitung" berichtet, eine Agitation statt, welche auf eine Verkürzung der Arbeitszeit abzielt und mit einem allgemeinen Streik zu enden droht, falls die Meister nicht nachgeben. Es sind hauptsächlich Schuhmacher, Uhrmacher, Hutmacher, Polsterleiter, Drechsler und Bäcker. Diese letzteren haben einen Zweigverein des großen Londoner Gewerkvereins der Bäckergesellen gebildet und werden mit diesen am 9. November streiken, falls der zehnstündige Arbeitstag nicht gewährt wird. Es ist ein Gewerkrath aller jüdischen Arbeiter im Ostende gegründet worden, in dem alle Gewerke vertreten sein werden. Thatsächlich fand diese Gründung vor dem Streik der Schneider statt, und die Vereinigung aller Gewerbe hat durch den erfolgreichen Ausgang dieses Ausstandes neues Leben erhalten. Herr Winsberg ist Präsident, Herr Wiß Schriftführer. Lord Rothschild wird Ende der Woche in der Toynbee-Halle, wo sich der jüdische Gewerkrath constituiren wird, den Vorsitz führen. Nach Constituirung des Vereins tritt eine Regel in Kraft, daß nur solche Arbeiter als Mitglieder aufgenommen werden, welche sich über den Besitz einer gewissen Befähigung in einem Gewerke ausweisen können. Durch diese Vorschrift soll die Einwanderung ungelernter Arbeiter beschränkt werden.

* **Aus Porto Alegre**, 27. September, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

Es war der Tod einer jener „Brummer" abgerufen, die nicht mit Unrecht als der Sauerteig bezeichnet werden, welcher das ohnehin gemischte Deutschthum unserer Provinz in den fünfziger Jahren in Gährung brachte und geistig aufrüttelte, und zwar einen der begabtesten aus jener Schaar, einen der einflußreichsten Vermittler deutscher Cultur für Brasilianer. „Brummer" nennt man die Soldaten der deutschen Legion, die aus den Reihen der schleswig-holsteinischen Armee für Brasilien angeworben wurden. Der Name schreibt sich her von den großen Kupfermünzen (ein Stück vom Umfang eines preußischen Thalers) dieser Zeit vom Werth von 40 Reis — 8 Pfennig), in denen die Pensionaire ihren Sold empfingen, und für welche unter ihnen die Bezeichnung Brummer aufkam, die dann auf die Pensionaire selbst überging. Mit der deutschen Legion kam auch 1851 Karl Jansen, aus Köln am Rhein gebürtig, in das Land; am 23. Septbr. ist er in Rio de Janeiro gestorben. Er hat ein Alter von etwa 60 Jahren erreicht. Sein sicher Körper, mit dessen Kräften er keineswegs haushälterisch umging, ließ kaum erwarten, daß er sein Leben so lange bringen würde, aber die Regsamkeit seines Geistes und die Lebhaftigkeit seines Temperaments traten immer wieder den Sieg über sein Leiden davon. Früher wirkte er in der hiesigen Provinz in verschiedenen Stellungen; während der letzten Periode seines Lebens war es ihm vergönnt, eine bedeutende Wirksamkeit als Professor der deutschen Sprache am kaiserlichen Collegium D. Pedro II. in Rio zu entfalten. Er hat verschiedene nützliche Schulbücher und insbesondere Sprachlehren für Brasilianer und Deutsche verfaßt. Seine Lehrbücher der portugiesischen Sprache für Deutsche sind vor allen andern vorhandenen Denjenigen zu empfehlen, welche jene Sprache zum Gebrauche in Brasilien zu erlernen wünschen. Der deutsche Verfasser eines Nekrologs von Karl Jansen in einer hiesigen landesspracheschen Zeitung hat geglaubt, dem Verstorbenen einen romantischen Hintergrund dadurch zu geben, daß er ihn zum Sohne einer in morganatischer Ehe mit einem gewissen Jansen vermählten Prinzessin von Bied machte. Eine solche Prinzessin hat es nie gegeben. Richtig ist, was ich von Jemand weiß, der mit Karl Jansen in Köln die Schulbank gedrückt hat, daß er der natürliche Sohn eines Prinzen von Bied war.

* Dem „Standard" wird aus **Shanghai** vom 28. d. M. telegraphirt, daß starker Regen die reiche Baumwollernte im Thale des Hanglye vernichtet habe. Es stehe eine große Hungersnoth bevor und der Preis von Reis sei bereits um das Dreifache gestiegen.

Colonialpolitisches.

* Gegenüber den letzthin über die **Lage auf Samoa** verbreiteten Telegrammen erscheint der Hinweis am Platze, daß deren Fassung für Irrthümer und Mißverständnisse einen weiten Spielraum läßt. Es sei deshalb hiermit constatirt, daß von einer neuen Königswahl, welche zu Gunsten Mataafa's ausgefallen, gar nicht die Rede sein kann. Vielmehr verhält sich die Sache so, daß Mataafa sich für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten des zwischen den interessirten Mächten getroffenen neuen Vertrages seine durch den Sieg über Tamasese errungene Würde sozusagen hat bescheinigen lassen. Wie überflüssig, ja schädlich dieses Mandver gewesen, beweisen zur Genüge die als Folge desselben zu betrachtenden blutigen Conflicte zwischen den Mataafa- und Tamaseseleuten, welche unnöthigen Staub aufwirbeln, ohne doch in den internationalen Abmachungen bezüglich Samoas das Geringste ändern zu können.

* **Berlin**, 30. October. In den Kreisen des **Emin Pascha-Comités** beschäftigt man sich seit einiger Zeit schon sehr ernsthaft mit der Frage der **Rückberufung der Peters'schen Expedition**, eine Frage, die schon durch die Unzulänglichkeit der dem Gewonnenen zu Gebote stehenden Mittel sich von selbst aufdrängt. Der geschäftsführende **Ausschuß** hat, wie gemeldet, das Gesammtcomité zu schleunig zusammenberufen, daß auf das Erscheinen der auswärtigen Mitglieder kaum gerechnet werden kann. Trotzdem werden gerade in dieser Versammlung entscheidende Beschlüsse gefaßt werden müssen. Inzwischen hat man Dr. Peters entschlossen so weit in das Innere vordringen lassen, daß er für eine von hier aus gesandte Nachricht schwer erreichbar sein dürfte. Andererseits sind die **Meldungen über einen gemeinsamen Vormarsch Emin Pascha's mit Stanley bisher unwiderlegt geblieben**, so daß sich das Comité wie